

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Westpreußen 10.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24,50 M., jährlich. Geldsumme + Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 26.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Verlags G. L., Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Nonparillspalte oder deren Raum kostet 8.— M., einschließlich Fernsprechschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Fernsprechschlag. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anfragen in Wort-Anzeigen: Das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor dem großen Kampf in England

Die letzten Einigungsversuche

Heute werden die letzten Versuche unternommen, um den Ausbruch des Generalstreiks zu vermeiden. Die Grubengesellschaften haben neue Angebote gemacht, aber es scheint nicht, als ob sich damit die Bergarbeiter zufrieden geben wollen. Die Blätter melden, daß die Gewerkschaftsleitungen alle Maßnahmen treffen, um den Streik so umfangreich wie möglich zu gestalten. Man wolle nicht länger zögern, weil sonst der Kampfeswille der Arbeiterschaft erlahmen würde. Die Regierung scheint darauf zu vertrauen, daß die Arbeiter den Streik nicht lange aushalten könnten, weil ihre Gewerkschaftskassen angeblich erschöpft seien. Jedoch ist der Stand der Kasse nicht allein entscheidend für die Aussichten eines gewerkschaftlichen Kampfes, und die englischen Arbeiter, die sich bisher der größten Mühseligkeit besiegelt haben, werden sicherlich zeigen, daß sie den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen gewillt sind, wenn sie ihn erst einmal begonnen haben. Jedenfalls steht Großbritannien am Vorabend der stärksten wirtschaftlichen Erschütterung, die es je in seiner Geschichte durchgemacht hat.

Unterstützung des Dreibundes

Die Konferenz des parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftsverbandes, des ausführenden Ausschusses der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Fraktionen der Arbeiterpartei hat eine Entschließung angenommen, in der sie ihre Unterstützung von der Gerechtigkeit der Forderungen der Streikenden ausspricht, dem Dreibund ihre Unterstützung verspricht und das Vorgehen der Regierung beurteilt, besonders die militärischen Vorbereitungen, die darauf berechnet seien, Unruhen hervorzurufen.

Die Konferenz hat einen Ausschuss von neun Mitgliedern, drei aus jeder Körperschaft, ernannt, um die Entschließung in Wirksamkeit zu setzen und in Beratung mit dem Dreibund die Ereignisse zu beobachten.

Nach einer Reutermeldung wurde in einer Konferenz der „General Workers Federation“, einer Organisation ungelernter Arbeiter, beschlossen, den Dreibund zu unterstützen, aber der Vizepräsident habe erklärt, daß dies nicht notwendigerweise den Generalstreik bedeute.

Die Vertreter des nationalen Syndikats der irischen Dockarbeiter, das 10.000 Mitglieder hat, haben beschlossen, sich mit den Bergarbeitern solidarisch zu erklären.

Die Bergwerksbesitzer wollen verhandeln

London, 14. April.

Die Bergwerksbesitzer haben die Vertreter der Bergleute zu einer Konferenz eingeladen, in der die Löhne der am niedrigsten bezahlten Bergleute besprochen werden sollen.

Die Unterredung mit Lloyd George

Ueber die Unterredung der Führer der Transportarbeiter und der Eisenbahner mit Lloyd George am Donnerstag vormittag, die ergebnislos verlief, teilt die „Vossische Zeitung“ noch mit:

Der Führer der Transportarbeiter Gosling führte aus, daß seine Organisation entschlossen sei, den Grubenarbeitern zu Hilfe zu kommen, wenn die von den Bergleuten geforderte Nationalisierung nicht auf anderem Wege zu erreichen sei. Die Grubenarbeiter haben sich im Verhandlungswege zu einer Herabsetzung ihrer Löhne um ungefähr zwei Schilling pro Tag (es ist dies etwa mehr als die Hälfte der Prämienzulage, die die Grubenarbeiter durch ihren Streik im Oktober v. J. erlangt hatten. D. Red.) bereit erklärt. Da seinerzeit die Kriegszulagen zu den Löhnen und die Prämienzulagen einheitlich für ganz England und Schottland geregelt worden sind, muß auch die Verkürzung der Löhne einheitlich auf nationaler Grundlage erfolgen. Die Bergleute werden entweder austarren müssen, bis sie ihr Ziel erreicht haben, oder sie werden nachgeben, wenn sie durch Hunger dazu gezwungen werden. Im letzteren Falle tritt nur eine Kampfpause ein, nach deren Ablauf die Schlacht von neuem geschlagen werden muß.

Kamens der Eisenbahner führte der Abg. Thomas aus, daß es an sich gleichgültig wäre, wer jetzt gewinnt, da auf jeden Fall die Nation viel verlieren würde. Die Eisenbahner sind keine Revolutionäre und wünschen keine Revolution. Sie wünschen ebenso aufrichtig wie die Regierung, Ereignisse zu vermeiden, über deren Tragweite man in diesem Augenblick noch nichts voraussagen kann. Die Eisenbahnerorganisationen werden in diesem Kampfe die Grubenarbeiter unterstützen.

Lloyd George wies in seiner Antwort zuerst den Vorwurf der beiden Arbeitervertreter zurück, daß die Regierung auf Seiten der Grubenbesitzer stehe. In keiner wichtigen Streitfrage in diesem Konflikt hat die Regierung bisher sich die Forderungen der Arbeitgeber zu eigen gemacht. Sie hat sich bezüglich einer nationalen Regelung der Löhne in den letzten Verhandlungen vorbehalten. Es sei auf den Standpunkt der Arbeiter gestellt. Die Regierungsvertreter haben ausdrücklich erklärt, daß sie die von den Grubenbesitzern vorgeschlagenen Zahlen über die Rentabilität der Gruben nicht ohne genaue Untersuchung anerkennen können. Die Regierung kann die Forderung einer Verstaatlichung der Kohlengruben nicht auf eine Generalstreikdrohung hin ohne weiteres bewilligen. Die Nationalisierung vermag nur das Parlament auf gesetzgebendem Wege zu beschließen. Der Generalstreik be-

zweckt aber nichts anderes, als Volk und Parlament zu übermäßigem Nachgeben zu zwingen.

Nach einer Beratungspause erklärten Gosling und Thomas, daß die Ausführungen Lloyd Georges sie in keiner Beziehung von der Notwendigkeit der Aufgabe des Generalstreiks überzeugt hätten. Thomas fügte noch hinzu, daß er „keine Aussicht für eine Wiedereröffnung der Verhandlungen“ sehe.

Lloyd George betonte nochmals, die Regierung sei bereit, in Beratungen darüber einzutreten, wie hohe Löhne die Kohlenindustrie tragen könne. Wenn die Bergleute bereit seien, für diese Frage zu einer gemeinsamen Konferenz mit der Regierung und den Arbeitgebern zu erscheinen, wolle die Regierung gern die Initiative ergreifen, um eine solche Konferenz zu arrangieren. Aber über die Fragen der Wiederannahme der staatlichen Kontrolle könne nur mit politischen Methoden diskutiert werden, nicht aber mit Hilfe eines Streiks.

Die Arbeitslosigkeit wächst weiter

London, 14. April.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 8. 4. 1.615.000 Personen, das bedeutet eine Vermehrung um 109.000 Personen gegen die Vorwoche.

Pariser Vorbereitungen

Paris, 15. April.

„Echo de Paris“ teilt mit: Heute findet im Elysée eine außerordentliche Sitzung unter Vorsitz des Präsidenten Millerand statt. Daran werden hauptsächlich teilnehmen Briand, Barthou, Loucheur, Doumer, Foch und General Weygand. Die Pläne der Einkreisung des Ruhrgebiets und vielleicht auch der Blockade von Hamburg und der alliierte Beistand, auf den man eventl. rechnen könnte, werden geprüft werden, sowie alle wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen, um zu Zahlungen zu gelangen. Außerdem sei für Anfang Mai eine interalliierte Konferenz in Paris geplant. Man hoffe, daß Lloyd George daran teilnehmen werde.

Paris, 15. April.

„Echo de Paris“ hatte gestern vormittag gemeldet, im Falle der Besetzung des Ruhrgebiets sei die Einberufung von zwei Jahresklassen vorgesehen. „Liberte“ dagegen erklärt, daß noch keine Entscheidung über diesen Gegenstand getroffen sei. Die französische Regierung verhandle mit den Alliierten und mit den militärischen Sachverständigen. Jede Entscheidung hänge von den Ereignissen ab, die vor oder nach dem 1. Mai eintreten könnten. Das Kommunistenblatt „L'Internationale“ teilt jedoch mit, es wisse aus erster Quelle, daß die angekündigte Mobilisierung nicht nur vorbereitet werde, sondern schon zum Teil in der Ausführung sei.

Die Besetzungsfrage im Unterhause

London, 15. April.

Nachdem, wie bereits gemeldet, Lloyd George im Unterhause erklärt hatte, es sei keinerlei Abkommen mit Frankreich getroffen worden mit Bezug auf Zwangsmassnahmen gegen Deutschland, falls Deutschland am 1. Mai seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkomme, wurde die weitere Frage an Lloyd George gerichtet, ob er versichern könne, daß keine weitere Besetzung irgendeines Teiles Deutschlands stattfinden werde, bevor das Unterhaus befragt worden sei. Auf diese Frage wurde keine Antwort erteilt.

Die Tschechoslowakei und die Sanktionen

Prag, 15. April.

Im Abgeordneten-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten erklärte Minister Dr. Benesch, daß in der Frage der Beteiligung der Tschechoslowakei an den „Sanktionen“ gegenüber Deutschland sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen Interessen der Republik gewahrt werden müßten, und daß daher die Frage vom Standpunkt des staatlichen Gesamtinteresses entschieden werden müsse. Die Regierung prüfe in diesem Sinne die Angelegenheit und werde sie, sobald sie zur Entscheidung reif sei, der Entscheidung des Parlaments vorlegen. Ein Antrag des Abgeordneten Kaska, den Minister aufzufordern, die Teilnahme an den „Sanktionen“ abzulehnen, wurde mit zwölf gegen sieben Stimmen der Deutschen und der Kommunisten abgelehnt.

Das neue ungarische Ministerium

W. Budapest, 15. April.

Als Nachfolger Telekis ist Graf Stefan Bethlen mit der Bildung der neuen ungarischen Regierung beauftragt worden. Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident Graf Bethlen, Innenminister von Regedy. Die Zusammensetzung des Kabinetts deutet auf einen Umschwung der ungarischen Regierungspolitik hin. Graf Bethlen gilt als eifrigster Anhänger des nationalen Königtums und Gegner jeder Wiedervereinigung mit Oesterreich.

Die bayerische Nebenregierung

Aus München wird uns geschrieben:

Die gegenwärtige bayerische Regierung Rahr ist ein Kind des Rapp-Putsch vom März vorigen Jahres und verdankt ihr Dasein in erster Linie der bayerischen Einwohnerwehr und den übrigen bayerischen sogenannten „Selbstschutzorganisationen“. Es ist deshalb nicht weiter als selbstverständlich, daß diese Regierung bis auf den heutigen Tag ein Gefangener der Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehr und insbesondere des Landeshauptmanns Escherich geblieben ist. Escherich will, daß die Einwohnerwehren nicht aufgelöst werden, und deshalb bleiben sie bestehen, deshalb muß die bayerische und die Reichsregierung ihre Politik auf diesen Willen des mächtigsten bayerischen Mannes einstellen, der vor kurzem sagte, wie die „Süddeutsche Presse“ mitzuteilen weiß: „Ich weiß wohl, daß im Landtag Strömungen gegen mich sind, aber ich nehme keine Rücksicht darauf.“ Herr Escherich kann diese politische Kraftmeterei in dem sicheren Bewußtsein treiben, daß er 400.000 bewaffnete Einwohnerwehrlente hinter sich hat, wenn der Landtag sich gegen ihn entscheidet. Und an diese Tatsache hat wohl auch der Ministerpräsident v. Rahr gedacht, als er im Haushaltsanschluß des Landtages erneut erklärte, daß er an der Einwohnerwehr festhalte, daß sie nicht entwaffnet werden könne und daß der Staat gar nicht in der Lage sei, die Widerstände der Wehrmänner gegen die Entwaffnung zu überwinden.

Herr Escherich ist eben eine Macht. Nicht der Landtag und nicht die Koalitionsregierung bestimmen Verfassung und Regierungsart, sondern die Besitzer der Maschinengewehre, der Gewehre und der Geschütze. Und das ist in Bayern immer noch Herr Escherich mit seinen 400.000 Einwohnerwehrlenten. Das hat er auch im März vorigen Jahres nordemonstriert, als er im Verein mit den Reichswahrschützern die rechtssozialistische Koalitionsregierung Hoffmann zum Rücktritt zwang. Der Redner der Unabhängigen im bayerischen Landtag, Genosse Garais, konnte deshalb bei Beratung der Einwohnerwehrrage mit gutem Recht sagen, daß, solange die Einwohnerwehr besteht, von einer wirklichen Souveränität des Landtags und der Regierung keine Rede sein könne. Es sei jedem Einsichtigen klar, daß die Einwohnerwehr in Bayern eine Nebenregierung, die tatsächlich reale Macht darstelle und daß jedes Parlament, das auf Selbstachtung halte, die Abschaffung dieser bewaffneten Organisation fordern müsse. Genosse Garais zeigte in seiner Landtagsrede den streng militärischen und politisch-reaktionären Charakter der Einwohnerwehr auf, die im ganzen 350 Offiziere beschäftigt, ungetarnt die in die Einwohnerwehr eingegliederten Formationen der Zeitfreiwilligen, Orchest, Alarmkompanien und Reichsfahnen. Für den Fall des Ausbruchs ist Ausrüstung mit Geschützen, Maschinengewehren usw. vorgesehen, die Verpflegung ist vom Landwirtschaftsministerium hergestellert. Die Bestimmungen zur Benutzung von Bahn und Telegraphen gehen weit über die Befugnisse der Polizei hinaus und reichen an die Rechte des alten Heeres heran. Für den Fall des Ausbruchs ist in verschiedene Aufgebote eingeteilt.

Die Zeitfreiwilligenformationen, die nach den Erlassen der Reichsregierung schon länger als ein Jahr aufgelöst sein sollen, sind geschlossen in die Einwohnerwehr eingegliedert worden und haben ihre Ausrüstung in den Depots der Reichswehr liegen. Die in den Waffenlagern der Einwohnerwehr vorhandenen Waffen übersteigen an Zahl und Art alle bisherigen Vorkerkungen, und der Nachschubdienst für den Fall der Aktion ist mit Funkstationen, Telefon, Telegraph und Briestauben technisch und organisatorisch so vorzüglich wie im Kaiserlichen Heer. Waffen für die Einwohnerwehr werden von der Reichswehr geliefert, und die Transporte gehen unter der Deckadresse der Reichswehr. Trotz dieser einwandfrei feststehenden Tatsachen behauptet die bayerische Regierung, daß die Einwohnerwehr keine militärische Organisation sei, und trotzdem nicht nur die schlechtesten Wehrmänner ihre regelmäßigen Scharschießübungen haben, sondern auch die noch nicht 18-jährigen „Jungschützen“ planmäßigen Schießunterricht erhalten, betont Herr v. Rahr, daß die Einwohnerwehr niemand mit der Kriegswaffe ausbilde. Der bayerische Ministerpräsident muß eben sagen, was der Landeshauptmann der Einwohnerwehr diktiert. Denn dieser starke Mann Bayerns hat seine Organisation über das ganze Land ausgebreitet und sie in 10 Kreisleitungen und 180 Gauleitungen eingeteilt, in denen neben den 350 bezahlten Offizieren noch Tausende ehrenamtlich mitarbeiten. Das ist immerhin eine ganz respektable Macht, die sich die bayerische Nebenregierung geschaffen hat. Dazu kommt noch, daß der Landeshauptmann die Wehren „im Falle der Not“ selbstständig aufzurufen kann, ohne von der Regierung dazu beauftragt zu sein. Diese „Fälle der Not“ treten eben dann ein, wenn Herr Escherich etwas gegen den Willen geschieht.

Genosse Garais zeigte an Hand umfangreicher dokumentarischer Material, daß die bayerische Nebenregierung nicht nur militärisch gut organisiert ist, sondern auch starke politische Interessen hat. In der konstituierenden Sitzung der Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehren wies der Landeshauptmann besonders auf die von Oesterreich drohende Gefahr hin. Dort seien die Verhältnisse

sehr unsicher, und die Maßnahmen zum Grenzschutz seien eingeleitet. Das war im März vorigen Jahres. Ein anderer Einwohnerwehrlührer teilte in dieser Sitzung mit, daß in Oberbayern der Grenzschutz sehr gut organisiert sei, aber in anderen Grenzstreifen noch sehr zu wünschen übriglasse. Der Grenzschutz sei das hauptsächlichste Betätigungsfeld der Einwohnerwehren. Es wurde ein besonderes Referat über den Nachrichten- und Späherdienst — auf deutsch: Späheldienst — erstattet. Dabei beantragte der Landeshauptmann Escherich, Listen von den besonders gefährlichen Personen anzulegen, um sie im Bedarfsfalle sofort festzunehmen zu können.

Der stellvertretende Landeshauptmann Kanzler richtete in der Stabsitzung der Chiemgauer Einwohnerwehr an die anwesenden Führer die Frage, ob sie mit ihren Truppen bereit seien, sich eventuell an einer militärischen Expedition nach Kärnten zu beteiligen. Den Kern dieses Expeditionskorps bilde die Marinebrigade Ehrhardt. Er fügte hinzu, daß er persönlich mit einem regierenden Fürsten im Osten in wichtigen politischen Fragen verhandelt habe. Die bayerische Einwohnerwehr fühlt sich also so sehr als Nebenregierung, daß sie bereits eine selbständige Außenpolitik betreibt, auch auf die Gefahr hin, damit Bayern und Deutschland der Gefahr internationaler Verwicklungen ausgesetzt zu sein. Die von der Einwohnerwehr in Oesterreich geförderten konterrevolutionären Pläne werden nachhaltig unterstützt durch ständige Waffenlieferungen an die Salzburger und Tiroler Heimwehren, unter hilfsreichster Mithilfe bayerischer amtlicher Organe.

Die bayerische Einwohnerwehr hat es natürlich längst verstanden, sich von allen staatlichen Einflüssen freizumachen. Sie brauchte die Regierung nur, um sich Befugnisse einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verschaffen zu lassen, und tut im übrigen, was Herr Escherich für gut befindet. Aber gerade in dieser vollkommenen Loslösung aus der Kontrolle und der Aufsicht des Staates erfährt die Gefahr, die in der Existenz der Einwohnerwehr und der Landesleitung als bayerische Nebenregierung an sich schon besteht, eine erhebliche Steigerung. Diese Nebenregierung nimmt keine Rücksicht auf die schwierige außenpolitische Situation Deutschlands. Sie verlangt nur, daß Herr v. Raab mit allen Mitteln gegen die Entwaffnung der Einwohnerwehren auftritt, gleichviel, ob damit neue schwere Lasten dem deutschen Volke auferlegt werden oder nicht. Die Reichsregierung und die bayerische Regierung sind in ihren Entschlüssen nicht mehr frei, weil sie bei allen Entscheidungen über die Entwaffnungsfrage damit rechnen müssen, daß die bayerische Einwohnerwehr sich nicht entwaffnen läßt.

In den Ententestaaten gibt es Kreise — und besonders sind es die Arbeiter — die wohl mit ihren Regierungen hinsichtlich der Entwaffnungsforderungen einig sind, sie aber in der Frage der Reparationen aufs schärfste bekämpfen. Durch die Haltung Bayerns in der Entwaffnungsfrage wurde den Ententestaaten ein billiges Werkzeug in die Hände gegeben, diese Strömungen zu bekämpfen. Und wenn am 1. Mai die angedrohten neuen Sanktionen über das deutsche Volk erhöhtes wirtschaftliches Unglück bringen, dann trifft die bayerische Regierung ein gerüttelt Maß von Schuld daran. Sie stellt ihre eigenen reaktionären Interessen und die nicht minder nach rückwärts gerichteten Ziele der Einwohnerwehr-Nebenregierung höher als das Wohl und Wehe des deutschen Volkes. Das bayerische und das deutsche Proletariat wird deshalb einst scharfes Gericht halten müssen über die gewissenlosen Konterrevolutionäre in Bayern, die mit dem Schicksal des deutschen Volkes spielen, als handle es sich um Gewinn oder Verlust einer Statpartie!

Der Nachtragsetat

Der Reichsrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung den Nachtragsetat für 1921, der, wie der Berichterstatter, Ministerialdirektor Sachs, hervorhob, im wesentlichen nur die Neueinstufung der Beamten entsprechend dem Gehälte vom Dezember 1920 enthält. Der Etat für 1920, der bisher im ordentlichen Etat mit 29,9 Milliarden und im außerordentlichen mit 69,8 Milliarden abschloß, erfährt durch den Nachtragsetat eine Erhöhung im

ordentlichen Etat auf 44,5 Milliarden und im außerordentlichen Etat auf 69,8 Milliarden. Insgesamt erreicht der Etat für 1920 die Summe von 114 Milliarden Mark gegenüber 3,4 Milliarden im Jahre 1914. Die Erhöhung beträgt rund das 34fache.

Konflikt zwischen Gewerkschaften und Bezugsbehörden

Aus Dulsburg meldet die „Frankf. Ztg.“: Die Polizeiverwaltungen des besetzten Gebietes haben von den Bezugsbehörden den Befehl erhalten, auf schnellstem Wege einen Fragebogen von den Gewerkschaften ausfüllen zu lassen, der genaue Angaben über die Vorkandsmitglieder, die politische und wirtschaftliche Richtung der Organisation, die Anzahl der Ausstände politischer und wirtschaftlicher Art und die Namen der tätigen Mitglieder verlangt. Die Gewerkschaften haben erklärt, daß sie die Beantwortung der Fragen ablehnen, da nach deutschem Gesetz eine Grundlage für die Beantwortung solcher Fragebögen nicht gegeben sei. Sie werden ihren Standpunkt auch nicht aufgeben auf die Erklärungen der Polizeiverwaltungen hin, daß sie die Folgen zu tragen haben werden. Die Gewerkschaften sind vielmehr gewillt, auch schärferen Maßnahmen der Bezugsbehörden gegenüber fest zu bleiben.

An den Galgen mit ihm!

Die „Rote Fahne“ hat endlich die Sprache wiedergefunden. Sie bringt in ihrer heutigen Morgenausgabe eine Erklärung der Zentrale und dazu noch einen Leitartikel von Ernst Renner, worin unter den wüsten Schimpereien auf Paul Levi losgeschlagen wird. Es wird dem früheren Vorsitzenden zum Vorwurf gemacht, daß er sich auf Jurisprudenz engerer Gefinnungsfreunde stützt, die ihres Postens enthoben worden seien oder wegen schweren Mißhandlungs zur Verantwortung gezogen würden. Zum Teil habe er sich auch auf die Äußerungen der bürgerlichen Presse gestützt. Seine Zitate aus der vorteligen Zentralauskunftung seien einem Stenogramm entnommen, bevor es noch von der Zentrale auf seine Richtigkeit hin „kontrolliert“ werden konnte. In kürzester Frist werde die Zentrale eine Widerlegung der Behauptungen bringen.

Wir können es den Leuten von der B. K. P. D. überlassen, ihren Faustkampf untereinander abzumachen, wenn nicht die „Rindslöcher“ der Zentrale bei dieser Gelegenheit auf den faulen Ausweg verfallen würden, Paul Levi als Werkzeug der U. S. P. D. zu denunzieren. Dieser tägliche Trick soll nur dazu dienen, die Aufmerksamkeit der Arbeiter von den Tatsachen abzulenken, die Paul Levi in seiner Broschüre dargelegt hat. Wir wollen dazu nur bemerken, daß die U. S. P. D. mit Paul Levi nichts zu tun hat, wenngleich wir nicht bestreiten wollen, daß durch dessen Schritt vieles von dem befüllt wird, was wir längst vorausgesagt hatten. Auf das Geschimpfe der Putschisten kann es für uns nur die eine Antwort geben, daß wir allen Arbeitern ans Herz empfehlen, die Schrift Paul Levis recht gründlich zu lesen und sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Eine Lüge sei noch festgehalten: Ernst Renner behauptet, daß die Zentrale weder vor noch in der Märzaktion die Absicht gehabt hätte, „die Staatsgewalt zu erobern“. Wir wollen das Gedächtnis der Herren ein wenig auffrischen. In einem Anlauf der Zentrale vom 4. März wird die Parole ausgegeben: „Für den kommunistischen Aufbau! Fort mit allen Bourgeoisregierungen! Für die Herrschaft der Arbeiterklasse! Schutz und Truhbändnis mit Sowjetrußland!“ Diese Parole wurde fortwährend wiederholt. Die Arbeiter wurden aufgefordert „für einen schweren, entscheidenden Kampf“. Am 17. März konnte man in der „Rote Fahne“ lesen, daß das Proletariat sein Ziel nur verwirklichen könne „über den Leib der Bourgeois hinweg“. Diese Parolen entsprangen nicht etwa theoretischen Auffassungen, sondern sie sollten sofort verwirklicht werden. Zu diesem Zwecke wurden die Arbeiter wiederholt aufgefordert: „Ein jeder Arbeiter preist auf das Gesetz und erwidert sich eine Waffe, wo er sie findet!“ Es ist also eine Feigheit sondergleichen, wenn die kommunistische Zentrale jetzt, nachdem ihr Putsch eilend zusammengebrochen ist, erklären läßt, sie habe niemals die Absicht gehabt, „die Staatsgewalt zu erobern“. Daß das ganze Proletariat dieses Ziel erreichen muß, um seine Forderungen zu verwirklichen, darüber braucht es keinen Streit zu geben. Wohl aber werden die Behauptungen Paul Levis, daß die Zentrale die Osterzeit für günstig genug hielt, um durch

einen Putsch dieses Ziel zu erreichen, durch ihre eigenen Kundgebungen bestätigt.

„Mut der Erkenntnis und Mut des Handelns“ ward nur höchstens in einer Rede: der des Kommunisten“, so schrieb die „Rote Fahne“ noch vor zwei Monaten. Und der diese Rede im Reichstag gehalten hat, das war Paul Levi, der heute gehängt werden soll. Was aber wird mit Clara Zetkin geschehen, die mit genau denselben Worten wie der frühere Vorsitzende der kommunistischen Partei die Märzaktion der Zentrale gebilligt hat?

Ententendruck auf Oesterreich

In Deutsch-Oesterreich ist die Bewegung für den Anschluß an Deutschland in stetem Wachsen begriffen. Ihren tiefsten Grund hat die Anschlußbewegung in der verzweifelten wirtschaftlichen Lage, in der sich Deutsch-Oesterreich befindet und aus der sich das zerstörte Land aus eigener Kraft nicht retten kann. Deutschland als großes, geschlossenes, immer noch außerordentlich leistungsfähiges Wirtschaftsgebiet ist für Deutsch-Oesterreich die rettende Pflanze.

Dem steht die Entente, und ganz besonders Frankreich, klar abfeindend gegenüber. Im Vertrag von St. Germain sind ausdrückliche Bestimmungen gegen den Anschluß an Deutschland aufgenommen. Frankreich wünscht keine territoriale Vergrößerung Deutschlands, die Tschechoslowakei fürchtet die Umklammerung, der sie nach einem Anschluß durch die deutsche Grenze ausgeht, Italien ist ebenfalls einer gemeinsamen Grenze mit Deutschland abgeneigt. Daher auch die Bestrebungen der Entente, die finanzielle Lage Deutsch-Oesterreichs zu sanieren. Viel ist allerdings bis jetzt nicht dabei herausgekommen.

Nun hat der Tiroler Landtag für den 24. April, trotz des Einspruchs der Wiener Bundesregierung, eine allgemeine Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland beschlossen. Daran hat der französische Gesandte Lesdres-Pantalas beim Bundeskanzler Dr. Renner im Auftrag seiner Regierung folgende Erklärung abgegeben: Falls die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, die gegenwärtig auf den Anschluß an das Deutsche Reich hinzielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Hilfsaktion für Oesterreich einstellen, und die Reparationskommission würde in ihrer Befugnis vollständig wiederhergestellt werden.

Die Vertreter der englischen und der italienischen Regierung schlossen sich der Erklärung des französischen Vertreters mit dem Bemerkten an, daß ein Zurücktreten Frankreichs von der Hilfsaktion für Oesterreich das Ende dieser Aktion und das Fallenslassen aller hierauf bezüglichen Projekte bedeute.

Wien, 13. April.

Ueber den Standpunkt der österreichischen Regierung zu der Ententenoie in der Anschlußfrage erfahren die Mäler von zu händiger Stelle, daß sie für die Regierung nicht die Notwendigkeit ergebe, eine Revision ihres Standpunktes in der Anschlußfrage vorzunehmen. Die Regierung habe wiederholt festgestellt, daß sie ohne jede Einschränkung auf dem Boden des Friedensvertrages stehe und daß es für sie unmöglich sei, gleichzeitig zwei Wege zu gehen. Da die Mächte eben jetzt ernstlich Anstalten treffen, das im Friedensvertrag hinsichtlich des Wiederaufbaus von Oesterreich gegebene Versprechen zu erfüllen, könne die Regierung vorläufig der Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich in keiner Weise näher treten. Erst wenn die Hilfsaktion der Alliierten endgültig als gescheitert anzusehen wäre, würde die österreichische Regierung den zweiten Weg beschreiten und in der Anschlußfrage an den Völkerbund appellieren.

Innsbruck, 15. April.

Die Erklärung der Entente über die Anschlußfrage wurde gestern um 8 Uhr nachmittags durch eine Sonderausgabe der „Innsbrucker Nachrichten“ verbreitet und rief allseitig die größte Erregung hervor, da Tirol das Obdum auf sich nehmen soll, im Falle der Durchführung der Abstimmung über den Anschluß, die Einstellung der Hilfsaktion für Oesterreich verschuldet zu haben. Gegen 7 Uhr abends versammelte sich eine nach Tausenden zählende Menge vor dem Landeshause, wo die Erklärung der Entente verlesen wurde. Namens der Landesregierung versicherte Dr. Steidl, daß die Landesregierung vor der Drohung der Entente nicht zurückweichen werde.

Von Schönheit und Zukunft

Von Josef Ruppold

Ein Zwiegespräch: Der Arbeiter Der Bibliothekar
Sage, Genosse, haben wir ein griechisches Wörterbuch in der Bibliothek?

Einen Augenblick. — Hier!
Wenn du Zeit hast, schau bitte nach, was bei dem Wort Kosmos drinnen steht.

Hat denn das Fremdwörterbuch nicht genügt?

Nun ja. Kosmos heißt Welt, steht drinnen. Aber Kosmos soll auch Schmutz bedeuten. Das scheint mir merkwürdig.

Es ist so. Kosmos nannten die Griechen alles, was ihnen schön erschien, was zier und ebenmäßig ist.

Also die Sonne? Die Gestirne? Strom und Weite?

Alles Kosmos.

Und ein Armband? Eine glänzlich geformte Lampe? Ein Ring?

Alles Kosmos.

Eine schöne Stadt?

Nein, die Stadt nannten die Griechen Polis.

Aber wenn die Stadt schön war, gehörte sie denn nicht zum Kosmos?

Sieh dich, Genosse. Daß mich dir tief ins Auge schauen. Deine Frage ist die herrlichste, die ich je vernommen habe.

Du scherzest.

Da, spür mein Herz klopfen. Nicht so der Scherz?

Woher die Erregung?

Sag mir, Genosse, gibt es denn schöne Städte?

Und Wien? Und Dresden? Und Rom und Athen?

Sag mir, Genosse, verwechselt du nicht Städte und Gebäude?

Die Gebäude, die Steine, mein Vleder, die mögen schön sein. Aber die Menschen, die Herzen?

Ich verstehe. Ein schönes Gebäude, ein Stück Marmor, das ist Kosmos?

Alles Kosmos.

Und ein Mensch, der eine gute Eigenschaft hat?

Die gute Eigenschaft ist Kosmos.

Aber der Mensch? Seine Frau? Seine Familie? Seine Freunde und Mitbürger?

Das ist die Polis.

Nun, Genosse, lämstest wieder du mein Herz klopfen hören. Denn ich frage mich, warum sind wir denn vom Kosmos ausgeschlossen?

Wißt du Hunger und Habgucht, Reichtum neben Armut, Kirche neben Kaserne Kosmos nennen?

So hängt das alte Wort der Griechen mit unserer innersten Sehnsucht zusammen?

Du schlägst Brücken zwischen Jahrhunderten.

Und wir sind es, die auch den Menschen, seine Frau, seine Familie, seine Freunde und seine Mitbürger schön machen werden?

Ist das nicht das Ziel des Sozialismus?

So hätten wir eine neue Prägung für den Schatz unseres Willens.

Lach mich hören!

Die Schönheit der Ringe und Spangen, die Schönheit der Sterne und Ströme, ihr Ebenmaß, ihre Harmonie, sie muß unzer werden.

Die menschliche Gemeinschaft muß ein Kunstwerk werden.

Das ist die Schönheit der Zukunft.

Das ist Sozialismus.

Das ist Verwandlung der Polis in Kosmos.

Sprachunterricht in der Volkshochschule. Von Dr. Anna Siemsen liegen zwei zusammengehörige kleine Bücher vor, die die Beachtung unserer Genossen verdienen. Das eine heißt Stilproben (Band 11 der Bücherreihe der Volkshochschule), das andere Die Kunst des Erzählens (Band 13 derselben Schriftenreihe). Beide im Verlag Wehagen und Klasing, Leipzig und Wiesbaden. In beiden Bändchen macht die Verfasserin den Versuch, Wege für einen deutschen Sprachunterricht in der Volkshochschule zu suchen. Nicht als Elementarbuch kann der Sprachunterricht in der Volkshochschule in Betracht kommen. Die echte Volkshochschule will keinen Gedächtnisstoff in den Köpfen häufen, sondern zum Persönlichkeitsbewußtsein (innerhalb einer solidarischen Gesellschaft) erziehen durch Schulung des Denkens, Steigerung der Fähigkeit zur Erkenntnis, Entwicklung des eigenen Seins, Gedankens und Ausdruck, Denken und Sprechen sind Teile einer Sache. Obwohl wir nicht gerade alles sagen müssen, was wir denken, so sollen wir doch in gewissen Situationen den Mut haben, unsere Gedanken anzupreisen, zu sein und zu bekennen, was und wer wir sind. Das wird geschehen, wenn wir unser Persönlichkeitsbewußtsein steigern, wenn wir uns im Denken wie im Ausdruck des Gedankens gleichwertig sicher fühlen. „Es gibt keine allgemeine multiterhaste Denk- und Ausdrucksweise“, sagt Anna Siemsen im Vorwort zu den „Stilproben“. Die geistigen Geleise äußern sich bei den vielen Menschen verschieden, genau so verschieden, wie die Physiognomie bei jedem anders ist. Wir müssen die Erkenntnis des eigenen geistigen Geleises gewinnen und damit die bestrebende Erkenntnis, daß wir Eigenes in uns tragen, das der Entwicklung bedarf. Anna Siemsen will uns lehren, das eigene Geleise zu erkennen und den Glauben an das eigene Geleise zu gewinnen durch Vertiefung in die Eigenart anderer. Darum bietet sie Stilproben von Luther, Lessing, Schöberl, Herder, Rant, Seume, Hölderlin, Heine, Diderot, Tolstoi, Wilmann und von vielen anderen. Wie uns scheint, in gelungener Auswahl.

Und jedem Stück sind Vorbemerkungen über Wesen und Wert eines jeden Autors vorangestellt, in denen die Verfasserin in geschickter Weise den Lexikonstil vermieden hat. Bei Luther verweist sie auf seine Briefe und Tischreden und schreibt dazu: „Es ist auch hübsch und nachdenklich, daran zu sehen, wie unsere Sprache sich in 400 Jahren verändert hat und doch die gleiche geblieben ist, nur ein wenig älter und archaischer vielleicht wie Herder sagen würde.“ Womit sie auf ein anderes sprachliches Unterrichtsfaß verweist, nämlich auf das historische Werden der Sprachformen.

Handelt es sich hier um den sprachlichen Ausdruck für Ergebnisse des Denkens, so in dem anderen Bändchen um die Wiedergabe eigenen oder fremden Erlebtes, um die „Kunst des Erzählens“. Wer erzählen will, muß sehen und erleben können. Und er muß mit frischem Mut sprachlich gestalten, was ihn menschlich bewegt. Auch er muß also wer sein. Und er muß sich seines Wertes und Seins bewußt sein. Auch hier also sind Charakter, persönliche Gesinnung, Selbstbewußtsein, Bekennensinn und die Voraussetzung. Sage mir, wie, was und ob du es fühlst — und ich werde dir sagen, wer du bist. In Anna Siemens köstlicher Auswahl liegen uns Grimmschäfers, Gellert, Claudius, Hebel, Jean Paul, Kleist, Goethe, Jola und andere auf solche Art, wer sie waren. Auch hier erzählen uns Vorbemerkungen in knappster Form viel von den Dichtern und ihrem Leben und Schaffen.

Beide Bändchen sind keine Lehrbücher, sondern Bücher für alle und für jede Stunde.

R. S.

Moderne Strafvollzug in England. In der auf der Insel Wight gelegenen englischen Strafanstalt von Parkhurst hat man neuerdings eine moderne Gefängnisordnung eingeführt. Während des vergangenen Winters war es beispielsweise den Straflingen gestattet, in den Ruhepausen Schach und anderes zu spielen oder an anregenden Debatten teilzunehmen, die sich an den Vortrag über irgendein Thema knüpften. Jetzt, nachdem es Frühling geworden ist, dürfen sich die Gefangenen nach der Entlassung der Tagesarbeit und nach dem Abendessen nach Herzenslust in dem ausgedehnten Park des Gefängnisses ergehen. Ja, man spricht sogar davon, Spielplätze anzulegen, auf denen die Gefangenen sich sportlich betätigen können. Bevor diese Neuordnung zur Einführung gelangte, wurden die Gefangenen nach dem Abendessen in ihre Zellen eingeschlossen, die sie am nächsten Morgen nur verlassen, um ihr Tagewerk in den Arbeitsstätten zu beginnen. Heute werden alle, die eine erste Verurteilung erlitten haben, nach einjähriger guter Führung der Vergünstigung teilhaftig, die auch den Rückfälligen nach zweijähriger guter Führung zuerkannt wird. An den Diskussionen des Vortragsabends beteiligen sich auch der Direktor und der Vize-Direktor des Gefängnisses. Sie sind es auch, die die den Gefangenen vorgeschlagenen Themen auswählen. Unter den Gefangenen befinden sich oft gute Redner von nicht gewöhnlicher Begabung. Von den Stra-

